

NZZ Online

Donnerstag, 03. Dezember 2009, 07:53:26 Uhr, NZZ Online

Finanzen > Nachrichten

2. Dezember 2009, 15:23, NZZ Online

«Auch die Religionsfreiheit hat Grenzen»

Anti-Minarett-Initiant Lukas Reimann findet, der Bürger werde nicht ernst genommen



Nicht das Plakat sei der Grund für viele Ja-Stimmen von jungen Wählern gewesen, sondern persönliche Erfahrungen, sagt Lukas Reimann von der SVP.

Selten hat ein Thema die Gemüter so erhitzt wie das Ja zum Verbot von Bau von Minaretten in der Schweiz. NZZ Online sprach mit Lukas Reimann, SVP-Nationalrat aus St. Gallen und Mitglied des Initiativkomitees der Anti-Minarett-Initiative.

Von Zoé Baches

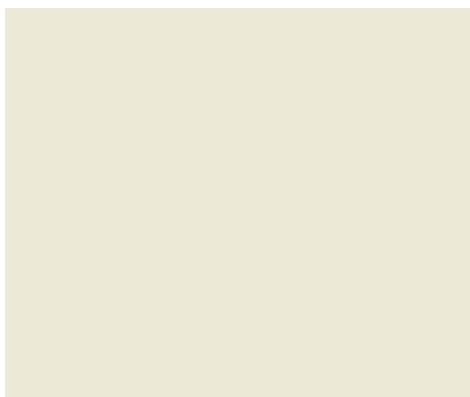
Nach der Annahme der Initiative ist die Aufregung in der Schweiz und im Ausland über den Ausgang der Abstimmung riesig. Der Entscheid sei «diskriminierend», «eine Schande für die Schweiz», verletze grundlegende Menschenrechte und die Religionsfreiheit. Nur – ging es den Menschen, die Ja gesagt haben, wirklich darum?

Ich denke, dass kein Schweizer gegen die Religionsfreiheit stimmen wollte. Diese stand nie zur Diskussion, auch bei uns im Komitee nicht. Mit einem Ja wollten die Befürworter in erster Linie ein Zeichen gegen die Islamisierung und gegen das Minarett als Symbol dafür setzen. Zudem setzten sich die Befürworter dafür ein, dass jemand, der aus einer anderen Kultur stammt und der hier leben will, sich ein Stück weit anzupassen hat.

Es scheint, dass sich in der Tendenz Menschen für ein Ja entschieden haben, die in direktem Kontakt mit den problematischen Seiten des Islam stehen – eher jüngere Wähler, eher Frauen.

Ja, das ist auch mein Gefühl. Ich habe im Vorfeld der Abstimmung viele Schulen – sowohl Gymnasien als auch Berufsschulen – besucht. Die Zustimmung unter den Jungen war immer sehr gross. Diese kam aber nicht einfach aus dem nichts und war auch nicht von den Plakaten getrieben. Die Zustimmung entstand vor allem aus den persönlichen Kontakten, die viele junge Leute am Arbeitsplatz, in der Schule und Abends im Ausgang mit schlecht integrierten Muslimen gemacht hatten.

Anzeige



Kann es sein, dass die andere Seite – nennen wir sie die intellektuelle Elite der Schweiz – mehrheitlich mit ihrem Pendant, gebildeten und moderaten Muslimen, in Kontakt steht. Und so gar nicht diese Art von Begegnungen hatte, die Sie ansprechen?

Ja, das sehe ich genau so. Ich merke das schon an mir selber. Hier im Bundeshaus ist man nicht mehr so eng in Kontakt mit dem, was sich auf der Strasse und in den Schulen abspielt. Und es ist sicher so, dass unsere Elite im Vorfeld der Abstimmung vor allem auf offizielle, hochgebildete und sehr gut argumentierende Muslimvertreter traf. Die Probleme des «normalen» Bürgers

aber, die wurden nicht mehr so wahrgenommen.

Dann hat vielleicht auch die muslimische Elite der Schweiz das Problem nicht genug erkannt?

Innerhalb der muslimischen Bevölkerung in der Schweiz gibt es sehr grosse Unterschiede. Auf der einen Seite sind die Muslime, die sich einen moderaten Islam wünschen, auf der anderen Seite sind die Muslime, die sich strikt nach dem Koran und der Scharia ausrichten. Meine grosse Hoffnung ist jetzt, dass sich die Vertreter der moderaten Seite etwas stärker in die Pflicht nehmen und lauter Stellung für ihre Anliegen beziehen.



Man hat das Gefühl, dass das bisher eher selten der Fall war.

Die Schweizer Bevölkerung hat in der Vergangenheit stark wahrgenommen, dass die Muslime viele Forderungen gestellt haben – nach Spezialbehandlungen an den Schulen, nach eigenen Friedhöfen und dann natürlich auch die Kundgebungen gegen die Meinungsfreiheit rund um den Karikaturenstreit mit Dänemark. Dass sich aber Muslime von den Hasspredigern distanzieren oder davon, dass Frauen unterdrückt werden im Namen der islamischen Religion, davon hat die Schweizer Bevölkerung viel weniger gehört. Ich sprach an vielen Podiumsgesprächen, wo Muslime vertreten waren. Jedes Mal, wenn ich auf Menschenrechtsverletzungen in muslimischen Staaten zu sprechen kam, wurde die Diskussion dazu abgelehnt mit der Begründung: Wir sind in der Schweiz, wir reden nicht zu diesem Thema, das hat nichts damit zu tun. Wenn sich Muslime verstärkt öffentlich für Menschenrechte in muslimischen Staaten aussprechen würden, dann würden sie bei vielen Schweizern Goodwill schaffen.

«Einzelne Muslime waren sicher, dass sie aus der Familie ausgestossen würden, wenn sie sich öffentlich gegen Minarette aussprechen würden»

Können Sie sich erklären, warum die Muslime in der Schweiz nicht zu diesen Themen Stellung nehmen wollen?

Ich kann mir das eigentlich nicht erklären. Es ist aber sicher so, dass es bei uns sowohl Muslime gibt, die befürworten, was in den muslimischen Ländern passiert und deshalb nichts laut sagen wollen, aber auch Muslime, die einfach nicht wagen, ihre Kritik laut zu äussern. Ich kenne viele junge gut integrierte Muslime, die unsere Freiheitsrechte und Gleichstellungsrechte in der Schweiz hoch schätzen und die auch deshalb keine Minarette in der Schweiz wollen. Nur: Wir wollten mit etwa 15 jungen Muslimen einen Video für Youtube zu diesem Thema drehen. Kein einziger wagte, vor die Kamera zu treten.

Aus welchem Grund?

Es hiess: Ich kann das nicht machen, mein Vater oder meine Familie, die würden das überhaupt nicht verstehen. Einzelne waren sicher, dass sie aus der Familie ausgestossen würden.

In der Schweiz herrscht Religionsfreiheit. Gibt es für Sie hier Grenzen?

Im Grundsatz sind unsere Grundwerte die Leitkultur. So lange es im Rahmen dieser Grundwerte möglich ist, eine andere Religion auszuüben, ist das kein Problem. Man kann beispielsweise aber nicht im Namen der Religionsfreiheit alles machen. Man kann nicht im Namen der Religionsfreiheit eine Zwangsheirat begründen. Da hat auch die Religionsfreiheit ihre Grenzen und sie kann nicht beliebig ausgedehnt werden.

In vielen Schweizer Schulen hängen keine Kreuze mehr an die Wand, einzelne Schulen führen aus Rücksicht auf andere Religionen keine Krippenspiele zu Weihnachten mehr durch. Ist man hier zu weit gegangen?

Es war sicher mit ein Grund für viele Ja-Stimmen, dass in den letzten Jahren in einigen Bereichen übertrieben wurde mit dem Entgegenkommen gegenüber anderen Religionen. Es dürften sich viele Wähler überlegt haben, das kann doch nicht sein, dass wir uns selber so verleugnen. Wenn man eine offene Gesellschaft möchte, was ich auch will, dann braucht es gewisse Regeln für ein

friedliches Zusammenleben und diese müssen auch für Menschen gelten, die intolerant sind oder aus intoleranten Gesellschaften einwandern.

Die Aufnahme eines Verbots von Minaretten in der Verfassung würde bestimmte Regelwerke wie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) verletzen. Wie gehen Sie damit um?

Das bleibt jetzt abzuwarten. Es gibt auch Rechtsprofessoren, welche dies verneinen. Klar ist aber, der Volksentscheid hat oberste Priorität. Wenn das Volk entscheidet, dann muss das gelten. Es gibt zudem viele Länder, die die EMRK mit einem Vorbehalt unterschrieben haben. Im Notfall muss das die Schweiz bezüglich Minarette auch tun. In diesem Zusammenhang ärgert mich vor allem das Verhalten der Uno, die uns so stark kritisiert. Es geht hier um ein Minarett und wo ist die Uno mit ihrer Kritik, wenn in islamischen Ländern Menschenrechte verletzt werden oder Minderheiten umgebracht werden? Die Prioritäten werden doch völlig falsch gesetzt.

«Ich würde erwarten, dass sich unsere Landesregierung jetzt für den Volksentscheid stark macht, statt sich überall zu entschuldigen.»

Kurz nach dem Entscheid wurde bekannt, dass Libyen die zwei Geiseln völlig unrechtmässig zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt hat. Ein gutes Timing.

Mein Vater arbeitete viele Jahre in Saudiarabien, ich war also auch schon in muslimischen Ländern. Mein Eindruck ist, dass Unterwürfigkeit in derartigen Ländern keinen Respekt einbringt. Die Länder, die zu ihren eigenen Werten stehen, vor denen hat man mehr Respekt.

Sie sprechen die Entschuldigung unseres Bundesrates an.

Ich bin von unserer Landesregierung enttäuscht. Ich würde erwarten, dass sie sich für den Volksentscheid stark macht, statt sich überall zu entschuldigen. Auch das ist ein Zeichen der Schwäche nach aussen.

Bundespräsident Merz will nun darüber diskutieren, ob es wirklich sinnvoll sei, dass in einer Demokratie über jede Frage abgestimmt werden könne.

Im Grundsatz finde ich, wenn 100'000 Bürger ein Begehren unterschreiben, dann muss darüber abgestimmt werden. Das ist die beste Form der Demokratie. Nur so kann verhindert werden, dass es zu keiner zu massiven Schere zwischen Elite und Bevölkerung kommt. Es ist aber natürlich klar, wenn eine Initiative gegen zwingendes Völkerrecht verstossen würde, dann dürfte das nicht passieren. Also wenn jemand beispielsweise verlangen würde, die Folter wieder einzuführen.

Die Gegner der Initiative haben bereits weiterreichende Schritte angekündigt – wie geht das Komitee weiter vor?

Das allerwichtigste für uns ist, dass der Volksentscheid nun umgesetzt wird und volle Gültigkeit hat. Da würden wir notfalls auch eine Volksinitiative für einen EMRK-Vorbehalt bezüglich Minaretten in Betracht ziehen, um diesen Entscheid zu verteidigen. Zudem, und das ist das Positive an der ganzen Sache, hat die Initiative eine weiterreichende Diskussion über den Islam auch in den anderen Parteien ausgelöst. So können die Probleme, die es zweifellos mit der islamischen Einwanderung gibt, angegangen werden.

▶ **Anti-Minarett-Entscheid: Proteste**

Link:

http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/protest_gegen_den_volksentscheid_gegen_minarette_1.4092368.html

▶ **Politologe: «Ein weibliches Ja»**

Link: http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/michael_hermann_anti-minarett-initiative_1.4090475.html

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/lukas_reimann_1.4096471.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.
